DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

Nikolai Soukup

- Der Beitrag behandelt die Frage, welche zentralen Hindernisse überwunden werden müssten, um eine substanzielle soziale Neuausrichtung der EU zu ermöglichen
- Dabei werden drei zentrale Faktoren analysiert: 1) die Überordnung neoliberaler wirtschaftspolitischer Integration über wohlfahrtsstaatliche Politik, 2) die diskursive Umdeutung der Rolle wohlfahrtsstaatlicher Politik im Sinne der Erfüllung vermeintlicher Erfordernisse der Wettbewerbsfähigkeit und fiskalischer „Sachzwänge“ sowie 3) das massive Ungleichgewicht der sozialen Kräfteverhältnisse zulasten der ArbeitnehmerInnen
- Seit einigen Jahren lassen sich zwar teilweise Veränderungen in Bezug auf diese Faktoren erkennen, jedoch keine grundlegend geänderte Ausgangslage
- Auf sozialen Fortschritt orientierte AkteurInnen sollten die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Mittelpunkt der EU-Debatte rücken und auf den verschiedenen Handlungsebenen auf Verschiebungen der Kräfteverhältnisse abzielen, um die Erweiterung künftiger Handlungsspielräume zu ermöglichen

Georg Feigl

- Der Beitrag skizziert Vorschläge für eine Reform der europäischen Wirtschaftspolitik bzw. der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), die eine sozialere Ausrichtung ermöglichen soll
- Zentrale These ist, dass es insbesondere eines neuen Leitbildes bedarf, nämlich einer Orientierung an Wohlstand und Aufwärtskonvergenz anstelle des bisherigen impliziten Fokus auf stabile öffentliche Haushalte und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Dabei wird auf das etablierte Konzept des magischen Vielecks als allgemeinen Rahmen der Wirtschaftspolitik zurückgegriffen, das als zentrales Element für die wirtschaftspolitische Steuerung dienen soll
- Als weitere Eckpunkte werden eine flexiblere und auf die aggregierte Nachfrage fokussierte Budget- und Lohnpolitik unter Berücksichtigung länderspezifischer Herausforderungen und eine Demokratisierung reformierter Entscheidungsprozesse identifiziert

Elisabeth Klatzer und Christa Schlager

- Für eine kritische Bilanz der Gleichstellungspolitik der EU ist eine Erweiterung der Analyse auf die Budget- und Wirtschaftspolitik dringend nötig. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, nicht nur den Stellenwert von Gleichstellungspolitik in diesem Bereich bzw. die Auswirkungen von Wirtschaftspolitiken auf Frauen und Geschlechterverhältnisse, sondern auch die Verfasstheit in Bezug auf die wirtschaftspolitischen Institutionen, Regeln und AkteurInnen im Blick zu haben
- Wird der Ausgangs- und Mittelpunkt der Überlegungen in Bezug auf die Alltagserfahrung von Frauen und Männern gedacht, ergibt sich die Notwendigkeit einer Neukonzeptualisierung von Ökonomie und damit einhergehend auch von Wirtschaftspolitik
- Es geht um ein Verständnis von Ökonomie auf Basis der sozialen Reproduktion, einer „Care-Economy“: Nur eine Konzeptualisierung von Wirtschaft als ver- und vorsorgender Wirtschaft kann blinde Flecken im Bereich der Sorgetätigkeit überwinden und ist damit eine essenzielle Basis für Gleichstellung

Torsten Müller und Thorsten Schulten

- Der Beitrag analysiert unter dem Begriff des lohnpolitischen Interventionismus die unterschiedlichen Formen und Auswirkungen der Einflussnahme von europäischen Institutionen und nationalen Regierungen auf die nationalen Lohnpolitiken im Rahmen des europäischen Krisenmanagements
- Dabei zeigt sich, dass der lohnpolitische Interventionismus zwar einseitig auf Lohnmäßigung und Dezentralisierung der nationalen Tarifvertragssysteme abzielt, dass sich aber in jüngster Zeit auf europäischer Ebene – zum Beispiel im Rahmen der sogenannten „europäischen Säule sozialer Rechte“ – vermehrt Anzeichen für einen neuen stärker nachfrageorientierten lohnpolitischen Diskurs finden
- Darauf aufbauend skizziert der Beitrag inhaltliche und strategische Anforderungen an die Gewerkschaften, um selbst mittels einer solidarischen Lohnkoordinierung zur Überwindung des lohnpolitischen Interventionismus und damit zu sozialem Fortschritt in der EU beitragen zu können

Martin Risak

- Die EU hat das erhöhte Potenzial zur Prekarisierung, das atypischen Beschäftigungsverhältnissen und neuen Beschäftigungsformen innewohnt, als Problem wahrgenommen
- Darauf wurde im Rahmen der europäischen Säule sozialer Rechte auch reagiert, wobei der Vorschlag für eine Richtlinie über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen

besondere Beachtung verdient, denn er ist ein wichtiger Schritt in Richtung Absicherung gegen besondere Ausformungen atypischer Beschäftigung

- Freilich könnte der Richtlinienvorschlag inhaltlich weiter gehen, und es sind insbesondere die der Plattformarbeit innewohnenden Probleme weder angesprochen noch gelöst
- Auch wurde bei der erstmaligen gesetzlichen Definition des ArbeitnehmerInnenbegriffs auf europäischer Ebene die Chance nicht genützt, diese weiter zu fassen und auch schutzbedürftigen Selbstständigen den Schutz des Arbeitsrechts angedeihen zu lassen

David Rautner, Petra Völkerer, Silvia Hofbauer

- Noch immer ist jede/r sechste Jugendliche in der EU ohne Arbeits- oder Ausbildungsplatz. Damit droht eine ganze Generation junger Menschen ohne Zukunftsperspektive heranzuwachsen – mit dramatischen sozialen und wirtschaftlichen Folgen
- Die bisher umfangreichste und ambitionierteste Reaktion der EU war die sogenannte „Jugendgarantie“. Im Rahmen dieser soll allen jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten nach Verlust einer Arbeit oder dem Verlassen der Schule ein hochwertiger Ausbildungs- oder Arbeitsplatz angeboten werden
- Aus Sicht der AutorInnen sind insbesondere die unzureichende Finanzierung, die mangelnde soziale Treffsicherheit und die sehr unterschiedliche Qualität der angebotenen Maßnahmen zu kritisieren
- Dieser Beitrag behandelt Handlungsoptionen für die Verbesserung der Jugendgarantie ebenso wie die Notwendigkeit eines darüber hinausgehenden Maßnahmen-Mix zur effektiven Bekämpfung der besorgniserregend hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa

Walter Gagawczuk

- Es gibt nach wie vor ein ausgeprägtes Lohngefälle zwischen den meisten alten und den meisten neuen Mitgliedstaaten der EU. Dies führt zu einem Anstieg der grenzüberschreitenden Entsendungen sowie zu Lohn- und Sozialdumping
- Die einschlägige europäische Rechtslage ist keinesfalls ausreichend und zum Teil auch nicht geeignet, um Lohn- und Sozialdumping zu verhindern
- Auch die vor Kurzem beschlossenen und die geplanten Änderungen im EU-Recht sind nicht ausreichend, um das Problem nachhaltig zu lösen
- Große Defizite gibt es nach wie vor bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Behörden. Können diese Probleme nicht gelöst werden und ist folglich grenzüberschreitendes Lohndumping nicht in den Griff zu bekommen, dann muss eine Aussetzung der Dienstleistungsfreiheit möglich sein

Karin Heitzmann

- Der Beitrag skizziert die bisherigen EU-Aktivitäten zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung
- Zwischen 1975 und 1994 wurden durch drei Anti-Armuts-Programme vor allem Fortschritte in der Definition und Messbarkeit von Armut und Ausgrenzung gemacht
- Zwischen 2000 und 2010 stand insbesondere die Etablierung einer Governance-Methode für die Armutspolitik – die offene Methode der Koordinierung – im Vordergrund
- Für die Periode 2010 bis 2020 wurden erstmals konkrete Armuts- und Ausgrenzungsziele festgelegt. Die Governance wurde durch die Integration der Armutsagenden in das Europäische Semester verstärkt
- Das hatte jedoch keine Auswirkungen auf die Zahl der Betroffenen. Ihre Anzahl hat sich zwischen 2008 und 2016 erhöht
- Letztlich wird auf EU-Ebene der Stabilität wirtschaftsrelevanter Institutionen und des Euro eine größere Bedeutung beigemessen als der Bekämpfung von Armut

Philipp Gerhartinger und Martin Saringer

- Steuerpolitik ist nach wie vor in der Kompetenz der EU-Mitgliedstaaten
- Die negativen Folgen der fehlenden Harmonisierung der europäischen Steuerpolitik werden immer stärker spürbar
- Jährlich entgeht den EU-Mitgliedstaaten aufgrund von Steuervermeidung und -hinterziehung 1 Billion Euro an Steuereinnahmen
- Mittlerweile ist auf europäischer Ebene einiges in Bewegung geraten, die ganz großen Reformen sind allerdings ausgeblieben
- Ein Paradigmenwechsel in der Unternehmensbesteuerung („unitary taxation“ samt Mindeststeuersatz) ist unumgänglich, und Überlegungen für weiter reichende Steuerstrukturreformen, die wachstums- und beschäftigungsfreundlich wirken und für mehr Verteilungsgerechtigkeit sorgen, fehlen derzeit völlig
- Wechselwirkungen zwischen einem Kurswechsel hin zu einem sozialen Europa und Fragen der Steuergerechtigkeit sind mannigfaltig
- Auch Arbeiterkammern und Gewerkschaften sind gefordert, gezielt Fakten und Informationen an die Öffentlichkeit zu bringen und für notwendige Änderungen den Druck auf die politischen EntscheidungsträgerInnen zu erhöhen